

Gedanken und Probleme sowie ein nützliches Werkzeug für ihre Kultur- und Bildungspolitik. Der Westen hat kein Interesse daran, diese internationale Tribüne der sowjetischen Propaganda zu überlassen. Die USA halten ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht für die Wahrung ihrer Interessen im bilateralen Rahmen für ausreichend, während die Europäer glauben, über die multilaterale Zu-

sammenarbeit mehr zu erreichen. Die Weltmacht Amerika reagiert demnach auf die UNESCO-Krise anders als die europäischen Mittelmächte, die in den kommenden Monaten ohne Zweifel große Mühe haben werden, damit die USA die UNESCO finanziell nicht dauerhaft lähmen und die Organisation nach einer befriedigenden Rationalisierung ihre Tätigkeit normal fortsetzen kann.

Alfred Frisch

Gescheitertes Experiment mit der Demokratie

Nigeria nach dem Ölboom

Seine Bevölkerungszahl und seine Bodenschätze hatten es zum reichsten Land Schwarzafrikas gemacht – mit allen Möglichkeiten, in nicht allzu ferner Zeit die Führungsmacht des Kontinents zu werden. Aber auch sonst verkörperte Nigeria unter den noch immer jungen afrikanischen Nationen eher den Ausnahmefall als die Regel: In kaum einem anderen Land hatte sich zwischen 1970 und 1980, vor allem mit Hilfe des kostbaren Erdöls, ein ähnlich *atemberaubender Wandel* vollzogen. Nirgendwo in Schwarzafrika gibt es so viele wohlhabende Einheimische, nirgendwo haben Ausländer bis vor kurzem so gute Geschäfte gemacht. Kaum ein anderes Land hat aber auch in der kurzen Geschichte seiner Unabhängigkeit einen ähnlich blutigen *Bürgerkrieg* um seine staatliche Einheit ausgekämpft (vgl. HK, November 1972, 553f.). Und ohne Beispiel waren auch die Umsicht und Sorgfalt, mit der die Armee 1979 nach dreizehn Jahren Militärrherrschaft die Regierungsgewalt wieder in die Hände frei gewählter Politiker legte.

In die erste Amtszeit des damals gewählten Präsidenten *Shehu Shagari* fiel aber nicht nur die weltweite *Flaute des Erdölbedarfs*, sondern er hatte auch weder die notwendigen Mehrheiten im Parlament noch den Rückhalt in seiner Partei, um dem nigerianischen *Grundübel Korruption* wirksam entgegenzutreten. Doch gab es eindeutige Hinweise darauf, daß er nach seinem zweiten Wahlsieg 1983 das Problem an der Wurzel zu packen gedachte: Die Zahl der Ministerien wurde erheblich eingeschränkt, der Bestechlichkeit verdächtige Minister nicht mehr berücksichtigt, die aufgeblähte Bürokratie sollte reduziert und zu große Investitionsprojekte aufgeschoben werden. Wenige Tage vor seinem Sturz veröffentlichte Shagari einen *Sparplan*, nach dem auch die Mittel für das Militär gekürzt werden sollten – sicher ein nicht ungewichtiger Grund für die Militärs um *Mohamed Buhari*, die Regierung in der Silvesternacht 1983 durch einen Putsch zu Fall zu bringen.

Ethnische und politische Gegensätze

Das mit 923 000 km² nahezu viermal die Fläche der Bundesrepublik umfassende Nigeria ist landschaftlich (vgl. HK, November 1972, 552) so unterschiedlich wie die

Völker der 19 Bundesstaaten voneinander verschieden sind. In *Nord-Nigeria*, einer Halbwüste, die an die Länder Tschad und Niger grenzt, leben vor allem die islamischen *Fulbe* und die *Haussa*, deren Geschichte sich bis in das zehnte Jahrhundert zurückverfolgen läßt. Durch ihre Königreiche liefen die Handelsstraßen Westafrikas zu den nordafrikanischen Ländern, ihre Städte wurden zu wohlhabenden Knotenpunkten des Fernhandels. Ihr Anteil an der Bevölkerung wird auf 20% geschätzt.

Hauptsächlich im *Westen* lebt das zweitgrößte Volk des Landes, die *Yoruba* (20%), die im Gegensatz zu den Haussa erfolgreiche Bauern und Handwerker waren. Die drittgrößte Gruppe sind mit etwa 17% die *Ibo*, deren traditionelles Siedlungsgebiet östlich vom Unterlauf des Niger liegt. Einem relativ kleinen Volk, den *Fulami*, gelang unter der Führung des berühmten moslemischen Gelehrten *Usman dan Fodio* zu Beginn des 19. Jahrhunderts, worum sich die Regierung in Lagos noch heute ohne rechten Erfolg bemüht. Sie beherrschten nahezu alle Haussa-Staaten und errichteten ein ausgedehntes Reich mit einem einheitlichen Regierungssystem.

Obwohl es insgesamt etwa 250 *verschiedene ethnische Gruppen* mit einer Vielfalt von Sprachen und Dialekten gibt, blieb die *Dreiteilung des Landes* bestehen, als es 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde. An ihr und an den Rivalitäten zwischen den drei Parteien, die im großen und ganzen Teilgebiete repräsentierten, an Sezessionsdrohungen, Wahlfälschungen und politischen Morden zerbrach nach sechs Jahren die erste Demokratie unter *Abubakar Tafawa Balewa*.

Die Machtergreifung des Militärs und ein bald darauffolgender Gegenputsch führten zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Haussas und Ibos (vgl. HK, November 1972, 553). Als der neue Machthaber, General *Yakubu Gowon*, die Aufteilung des Landes in 12 Bundesstaaten ankündigte, erklärte sich die von den Ibos beherrschte Ostregion zur „*Freien und unabhängigen Republik Biafra*“. Zweieinhalb Jahre wütete ein erbarmungsloser Bürgerkrieg, bis 1970 die Armee die Rebellen in die Knie zwang und damit die staatliche Einheit bewahrte.

Überraschend schnell gelang es Gowon in der Folgezeit,

den Wiederaufbau des Landes und die politische Zusammenarbeit der einzelnen Gruppierungen zu fördern, ein Ziel, das auch die dritte Militärregierung nach einem unblutigen Staatsstreich im Jahre 1975 propagierte. General *Murtala Muhammed* verkündete ein Vierjahresprogramm, an dessen Ende eine demokratisch gewählte Regierung stehen sollte. Der General wurde jedoch in einem gescheiterten erneuten Coup 1976 getötet, allerdings sehr schnell durch Generalleutnant *Olusegun Obasanjo* ersetzt, dem ebenfalls an der Wahl einer demokratischen Regierung gelegen war. In seine Regierungszeit fiel auch die Erhöhung der Zahl der nigerianischen Bundesstaaten auf 19, verbunden mit der Hoffnung, die ethnischen Blöcke dadurch weiter aufzubrechen. Im September 1978 hob die Militärregierung das Verbot jeglicher politischer Betätigung auf, wie es seit 1966 bestanden hatte.

Das demokratische Zwischenspiel

Über 40 politische Organisationen formierten sich schnell, doch die meisten scheiterten an der *strikten Forderung nach landesweiter Vertretung*, wie sie von der Bundeswahlkommission vorgeschrieben worden war. Diejenigen unter den politischen *Parteien*, die anerkannt und registriert wurden, waren die Great Nigerian People's Party (GNPP), die National Party of Nigeria (NPN), die Nigerian People's Party (NPP), die People's Redemption Party (PRP), die Unity Party of Nigeria (UPN).

Die *Verfassung* von 1979 hat viele Vorkehrungen getroffen, um dem Gegeneinander der Kräfte ihre zerstörerische Wirkung zu nehmen. Die *Einteilung in 19 Bundesstaaten* wurde beibehalten, da sie die traditionelle Dreiteilung aufbricht, die Zentralgewalt stärkt und dennoch den Regionen die Selbstverwaltung beläßt. Entstanden sind so vier nahezu reine Yoruba-Staaten und zwei, in denen sich Yorubas und andere Gruppen etwa die Waage halten, vier eindeutige Hausa-Staaten und fünf mit Hausa-Anteilen sowie zwei Ibo-Staaten und zwei, in denen Ibos und andere Gruppen etwa gleich stark sind. Die Bundesstaaten hatten einen *direkt gewählten Gouverneur* und *eigene Parlamente*. Die *starke Stellung des Staatspräsidenten* wurde, gemäß dem amerikanischen Vorbild der Verfassung, eingeschränkt durch die gesetzgebende Gewalt des 450 Abgeordnete zählenden *Repräsentantenhauses* und des *Senats*, in den jeder Staat fünf Vertreter entsandte.

Der 1979 gewählte Präsident *Shehu Shagari* (NPN) hatte von Anfang an mit einer *starken Opposition* zu rechnen. Beschrieben wird Shagari als „still und zurückhaltend, beinahe schüchtern“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 3. 82), als ein Mann, der von seiner Machtfülle nur behutsam Gebrauch machte. Seine bedächtige, eher am Verwalten orientierte Amtsführung hat ihm in allen Teilen des Landes zumindest Achtung eingetragen. Er war als Präsident immer populärer als seine Partei, die den Geruch der Vetternwirtschaft und Korruption nicht los wurde. Shagaris persönliche Integrität wurde nicht einmal von den Militärs angezweifelt, die ihn absetzten.

Obafemi Awolowo, Führer der Vereinigungspartei (UPN), die sechs Bundesstaaten kontrollierte, hatte konsequent die Unterstützung der Regierung verweigert. Seine Partei repräsentierte fast ausschließlich die Yoruba und wurde insbesondere von den Ibos, die ihre politische Heimat in der Volkspartei haben, als nicht koalitionsfähig angesehen. Es gelang ihm jedoch, eine Zusammenarbeit der sechs UPN-Gouverneure mit den beiden Gouverneuren der PRP in Kano und Kaduna und dem Gouverneur der GNPP des vorwiegend von Kanuri bewohnten Borno einzufädeln, die sich in regelmäßigen Treffen zu einer *wirkungsvollen Opposition der Bundespolitik in den Ländern* entwickelt hat. Die gemeinsame Front der sogenannten progressiven Gouverneure zu sprengen war das erklärte Ziel der NPN. Trotz sozialer und Stammesgegensätze in der Bevölkerung *galt das nigerianische Demokratieexperiment bis zum Umsturz als gelungen*.

Durch den Militärputsch vom Beginn dieses Jahres wurde die demokratische Entwicklung aber vorläufig wieder unterbrochen. Die Armee, die während der vier Jahre der Zivilregierung weitgehend in den Kasernen gehalten wurde, zeigt sich wieder. Weniger auf den Straßen als durch die neuen militärischen Führer des Landes – meist Anfang Vierzig – im Obersten Militäratt, in der Regierung und durch die Militärgouverneure in allen Bundesstaaten. Neben dem Staatsschef Generalmajor Buhari gelten als besonders einflußreich General *Tunde Idiagbon* sowie der Heereschef Generalmajor *Ibrahim Babangida* (vgl. *Le Monde*, 14. 1. 84). Das Militär, geprägt von britischer Tradition, sieht sich als Hüter der Nation, als *Wächter nationaler Einheit und Würde*. Stammesdenken ist in den höheren Offiziersrängen (außer bei den Ibos) weniger verbreitet als sonst in Nigeria.

Zahlen und Wahlen

Noch im August 1983 war sich die internationale Presse in ihren Kommentaren einig gewesen: Die *erste von einer demokratisch gewählten Regierung vorbereitete Wahl* wurde als „gutes Signal für Afrika“ begrüßt.

An fünf aufeinanderfolgenden Samstagen waren die Wähler aufgerufen, den *Präsidenten*, die *Gouverneure*, das *Bundesparlament* und die *Parlamente der Gliedstaaten* zu wählen. Präsident Shehu Shagari hatte zwei ernsthafte Herausforderer: *Obafemi Awolowo* und *Nuamdi Azikiwe*; der Wahlkampf wurde „à l'américaine“ geführt: Der greise Awolowo flog im Helikopter zu durchschnittlich zehn Wahlveranstaltungen am Tag. Azikiwe (NPP) ließ sich im geschenkten Privatjet fliegen, solange das Geld reichte. Präsident Shagari benutzte Maschinen der nationalen Fluggesellschaft.

Daß die in Europa oder Amerika verbindlichen *Maßstäbe für eine demokratische Wahl* aber nicht ohne weiteres auf afrikanische Verhältnisse übertragen werden können, zeigte sich bald: Die bis wenige Tage vor Beginn der Wahl geheimgehaltenen *Wählerlisten* sorgten für Aufregung, da sie die Namen zahlreicher Oppositionsanhänger und so-

gar -kandidaten nicht enthielten. In manchen Gegenden wurde *gar nicht gewählt*, weil keine Wahlurnen oder keine Stimmzettel oder keine Wahlbeamten eingetroffen waren. Daß die *Zahl der Wahlberechtigten* innerhalb von vier Jahren von etwa 48 Millionen auf mehr als 65 Millionen und damit um 34,6% angestiegen sein sollte, fand selbst die regierungseigene Presse erstaunlich.

Zuverlässige Einwohnerstatistiken hat es in Nigeria nie gegeben. In der britischen Kolonialzeit half man sich mit Schätzungen und Hochrechnungen, bei der Erlangung der Unabhängigkeit 1960 ging man von 50 Millionen Einwohnern aus. Zwei Jahre später sollte die erste Volkszählung stattfinden, von der auch die Sitzverteilung im Parlament und damit der politische Einfluß der drei Hauptregionen und -stämme des Landes bzw. deren Parteien – NPC der Hausa und Fulami im Norden, NCNC (National Council of Nigeria Land of the Cameroon) der Ibo im Osten, AG (Action Group) der Yoruba im Westen – abhängen sollte. Als durchsickerte, daß der Norden möglicherweise allein die Mehrheit haben würde, unterstellte man im Süden eine Fälschung. Westnigeria *manipulierte* seine eigenen *Ergebnisse* nach oben, im Osten beschloß der Landtag per Gesetz, daß seine Bevölkerungszahl doppelt so hoch sei, wie das Volkszählungsergebnis sie aufweisen sollte.

Heute wird die Bevölkerungszahl mit *80 bis 100 Millionen* angegeben, eine Zahl, die man durch die Hochrechnung der willkürlichen Basisangaben aus der Kolonialzeit erhält, obwohl mangels Meldepflicht von Geburten und Todesfällen auch die Wachstumsrate nicht bekannt ist.

Verhängnisvoller wirtschaftlicher Ehrgeiz

Die Statistiken allerdings, die über die wirtschaftliche Lage Nigerias Auskunft geben, lassen keinen Zweifel an der Misere des Landes. Auf der Woge der nach oben schießenden *Ölpreise* hatte Nigeria noch 1981 einen *Fünfjahresplan* in Kraft gesetzt, der Investitionen in Höhe von 82 Millionen Naira (ca. 123 Millionen Dollar) vorsah: Eine Kleinigkeit, denn die Handelsbilanz hatte 1980 bei 213 Milliarden Naira Umsatz einen Devisenüberschuß von fünf Milliarden Naira erbracht (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 17./18. 7. 83). Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft ließen die Staatskasse überlaufen. Anfang 1982 mußte der Plan schon ausgesetzt, revidiert und schließlich fallengelassen werden, da seither anstelle der erwarteten 2,2 Millionen täglich nur maximal 1,2 Millionen Faß abgesetzt werden können.

„Das Erdöl war eher ein Fluch als ein Segen.“ Diese Meinung ist heute in Nigeria weit verbreitet. Dabei wird zu meist auf die *Mißstände in der Landwirtschaft* hingewiesen. Tatsächlich stimmt es bedenklich, daß dieses *fruchtbare Land*, das sich vor dem Erdölboom noch selbst versorgen und dazu Nahrungsmittel exportieren konnte, heute zu einem großen Teil von ausländischen Lebensmitteln abhängig ist. 1968, im Biafra-Krieg, hatte Nigeria, nach Brasilien führend in der Welt, noch 7572914 Tonnen *Erdnüsse* exportiert. 1981 konnten die Vermarktungsstel-

len nur noch 4488 Tonnen aufkaufen; exportiert werden Erdnüsse schon seit 1975 nicht mehr. Die *Kakaoproduktion* ging um zwei Drittel, die *Kautschukproduktion* um fast drei Viertel zurück. *Palmöl*, im 18. Jahrhundert neben Sklaven einziges, bis in die letzten Jahre noch bedeutendes Exportprodukt, ist so knapp, daß es importiert werden muß. Die großen *Wälder* sind abgeholzt, Holzexport und -verarbeitung sind am Ende.

Nicht nur die einseitige Abhängigkeit vom Erdöl, sondern auch der bisher *unersättliche Appetit auf Importwaren* ist es, der Nigeria vor so große Probleme stellt. Die meisten Produktionsbetriebe sind hochgradig *von ausländischen Rohstoffen und Investitionsgütern abhängig* und wurden deshalb von den Einschränkungen in ihrem Lebensnerv getroffen. Eines der am häufigsten kritisierten Projekte war der Bau der *neuen Hauptstadt Abuja* in der Mitte des Landes. Doch schon Präsident Shagari sah sich im Dezember 1983 zum Baustopp gezwungen, und die Militärregierung bekräftigte diesen Schritt.

Ebenfalls vorläufig abgebrochen wurde die Arbeit an dem bereits zu zwei Dritteln fertiggestellten *Stahlwerk von Ajaokuta*, wo noch 1983 auf einer gigantischen Baustelle 18 000 Mann beschäftigt waren, davon annähernd 4000 Sowjets, nach deren Plänen das Werk entstehen sollte. Vier andere Hütten- und Walzwerke wurden bereits gebaut, und sie sollten das Land, das vom Agrar- zum Industriestaat aufsteigen wollte, aus der Abhängigkeit von teurem Importstahl lösen helfen.

Um die Arbeitsplätze für die eigene Bevölkerung zu erhalten, vertrieb Nigeria Ende Januar 1983 *zwei Millionen Gastarbeiter* aus den Nachbarländern Ghana, Kamerun, Dahomey und Togo, davon allein eine Million Ghanesen. Doch ließen sich kaum Nigerianer finden, die bereit waren, untergeordnete Jobs als Chauffeur, Hauspersonal oder ungelernete Arbeiter anzunehmen.

Eine eher schweigsame Kirche

Die Kirche hat in Nigeria ihre eigenen Probleme: mit dem offensiver werdenden Islam, zunehmend auch mit der neuen, mit der Bevölkerung nicht zimperlich umgehenden Militärregierung, aber auch wegen ihrer sehr unterschiedlichen Verankerung im Lande. Noch sind auch längst nicht alle im Biafra-Krieg aufgebrochenen Wunden verheilt.

Die *Katholiken* bilden in Nigeria eine *Minderheit von etwa 6%*. Die *Protestanten* verschiedener Bekenntnisse zählen etwa 28%, *Animisten* werden auf 18% geschätzt, und die *Muslimen* sind mit mindestens 48% in der Mehrheit (vgl. Internationales Afrika Forum, 2/82, S. 128). Aber hier wie bei den anderen Angaben zur Bevölkerungsstatistik kann man auch ganz andere Daten finden.

Offiziell zählte die Kirche in Nigeria 1982 *5 316 000 Katholiken* und *778 184 Taufanwärter* (Fides, 3. 2. 82). Von den *34 Bischöfen* stammen fast alle aus Nigeria. Der Anteil der Einheimischen unter den *1235 Priestern* und *1217 Ordensschwwestern* beträgt etwa zwei Drittel. In der Kirchen-

provinz *Onitsha* allein, wo fast drei Viertel der Katholiken Nigerias leben, wurden im Jahr 1981 68 *Neupriester* geweiht. Diese Kirchenprovinz verfügt jetzt über 43% aller Priester des Landes. Der letzten Statistik zufolge (1982) gibt es in Nigeria fünf Priesterseminarien mit 1003 Seminaristen sowie 21 Kleine Seminarien mit insgesamt 4742 Alumnen.

Trotz der beachtlichen Zahl von Berufungen ist *Personal-mangel* aber immer noch ein Hauptproblem der Kirche in Nigeria. Die Ausweisung von rund 300 Missionspriestern und 200 -schwestern nach dem Bürgerkrieg hat eine Lücke aufgerissen, die nicht so schnell zu füllen ist. Ordensschwestern oder Laien werden aber andererseits noch kaum zum Kommuniondienst eingesetzt. Zu diesem Bild paßt es auch, daß die Bemühungen der Kirche um *Inkulturation* eher zaghaft erscheinen. Außerhalb der Liturgie, wo einheimische Musik und Sprachen eingesetzt werden, findet man in allen Landesteilen trotz der kulturellen Unterschiede eher nivellierte pastorale Formen (vgl. IFI, Nr. 46, Februar 1980, S. 37).

Eine Ursache für die relativ geringe Beheimatung der Kirche in der einheimischen Kultur ist sicher darin zu suchen, daß die *überwiegend irischen Missionare* jahrzehntelang all ihre Bemühungen auf die *Schulen* richteten, wo zwar *abendländische Kultur* verbreitet, aber alles, was nicht katholisch war, als „heidnisch“ oder „protestantisch“ abgetan wurde.

Daß der katholischen Kirche 1972 und 1973 in den meisten Bundesstaaten die vorher unbestrittene Domäne der *Schulleitungen* genommen wurde, ist denn auch für die Kirche besonders schmerzlich. An *Protesten* mangelt es von seiten der Bischöfe und kirchlichen Laienorganisationen zwar nicht, so haben z. B. im März 1983 ca. 10 000 Katholiken bei einer *Massenkundgebung* in *Owerri* die Rückführung der Schulen in kirchliche Hand gefordert (D.I.A., 28. 3. 83). Trotzdem wird in einem Lagebericht das *Nationale Katholische Sekretariat* in Lagos folgendermaßen zitiert: „Das Volk hat kaum darauf reagiert. Die Eltern haben für ihren katholischen Unterricht überhaupt nicht gekämpft. Die Lehrer waren froh, von der kirchlichen Bevormundung befreit zu sein; viele hörten auf zu praktizieren, und die Zahl der Taufen nahm bei den Schülern stark ab“ (IFI, Nr. 46, Februar 1980, S. 35).

Zwar findet man in den Hirtenbriefen der nigerianischen *Bischöfe* ähnliche Wendungen wie in denen anderer schwarzafrikanischer Kirchenmänner: Worte für *Gemeinwohl und politische Aktivität* (Die Katholischen Missionen, 5/79, September/Oktober, S. 149), *gegen Korruption und Bestechlichkeit* (KNA, 12. 8. 82), für einen *vernünftigen Umgang mit den Bodenschätzen* (Weltkirche 4/83, S. 106). Aber wie schon nach dem Biafra-Krieg, als die erwartete Erklärung zur Rolle der katholischen Kirche in der Auseinandersetzung nie gegeben wurde (vgl. HK, November 1972, 556), schweigt die Kirche auch heute noch zu vielen Fragen oder nimmt eine eher defensive Haltung ein.

Gefahr der Islamisierung

Zu zwei aktuellen Fragen wurden die Bischöfe allerdings in jüngster Zeit deutlich: sie fordern die *sofortige Rückkehr Nigerias zur Demokratie* und haben sich *gegen die geplante Ausdehnung des islamischen Rechts* auf alle Bürger ausgesprochen. Tatsächlich deutet alles darauf hin, daß das islamische Element in den nächsten Jahren noch stärker als bisher an Einfluß gewinnen wird. Mit dem Argument, daß in zentralen Punkten der Islam der traditionellen Moralpraxis der Afrikaner eher entgegenkomme als das gemeinsam mit dem Kolonialismus verbreitete abendländische Christentum, wird insbesondere in den nördlichen Regionen heftig geworben.

Vor allem die islamische *Maitatsine-Sekte* sorgt immer wieder für *blutige Religionsunruhen*. Die Sekte betreibt aggressive Missionierung, besetzt Häuser, entführt Kinder und folgt einer „Disziplin der Armut“. Ihre Mitglieder rekrutiert sie unter eingewanderten arbeitslosen Ausländern und einem verarmten städtischen Proletariat, das keine Beziehungen mehr zu Stamm und Dorf hat. 1980, 1982 und zuletzt im März dieses Jahres kam es bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Sektenanhängern im nordöstlichen Gliedstaat *Gongola* zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen zuletzt 1300 Tote zu beklagen waren.

Nigerias Militärregierung hat die Zügel nach der Machtübernahme straff angezogen. Zwar konnten sich eine Reihe führender Politiker ins Ausland absetzen – wie man kürzlich auch an der versuchten Entführung des ehemaligen Verkehrsministers *Umaro Dikko* aus London bemerken konnte –, aber die meisten warten auf ihren Prozeß. Da für *illegalen Ölhandel* rückwirkend die *Todesstrafe* eingeführt wurde (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 7. 84), dürfte der Ausgang in vielen Fällen klar sein. Mit einer Reihe von Erlassen zeigt die Regierung ihre Macht: Journalisten wird es unter Androhung von Strafe untersagt, öffentliche Ämter „verächtlich oder lächerlich“ zu machen. Eine Reihe von Parteien wurden aufgelöst, *Devisenvergehen* sollen mit Militärgerichtsverfahren geahndet werden, bei *Korruptionsverdacht* können private Bankkonten eingefroren werden. Schließlich soll systematisch nach Fällen von Bereicherung im öffentlichen Dienst gesucht werden, und man will als weitere Maßnahme Sondergerichte für die Aburteilung von bewaffnetem Raub einrichten.

Die Erfahrungen mit früheren Militärregimen zeigen aber, daß auch die Soldaten gegen die nigerianische Seuche Korruption keineswegs immun sind. Der Weg der nationalen Lösung scheint noch weit und schwierig zu sein – vielleicht zu schwierig für ein Regime, das bei Gesprächen mit seinen Gläubigern nach wie vor auf Zeit spielt, statt sich zu einer Abwertung des Naira durchzuringen. Schon wird in Lagos von der Möglichkeit gesprochen, daß demnächst jüngere, radikalere und entschlossener Offiziere die Putschisten des 31. Dezember vertreiben könnten.

Cordelia Seng